

eigentümlich frei

09. Juli 2009

von Roland Woldag

Die Bildungsreform und andere Köstlichkeiten

Ein Parforceritt durch die deutschen Zustände

Über alte Berufe und neue Perspektiven

Deutschland setzt dem Globalisierungsdruck und der Wirtschaftskrise ein Konzept der Ausbildung und Beschäftigung entgegen, welches auch einfache Menschen in allen Facetten ihrer Persönlichkeit fördert – wie Kreativität, Ideenreichtum, Redegewandtheit, Diplomatie, persönliches Durchsetzungsvermögen, Fertigkeiten im Umgang mit genormten Prozessen und Verwaltungseinheiten, Zeitmanagement, usw. Der Bologna-Prozess wird durch Bachelor und Master-Studiengänge bis in Bereiche vorgetrieben, die der Bildung bisher verschlossen waren...

Der bedeutendste Ausbildungsberuf, der sich unter sozialstaatlicher Fürsorge etablieren konnte, ist der des gelernten Hilflösen – des professionellen Betreuungsbedürftigen. Er hat sein Vorbild im durch Schicksalsschläge hilflos und betreuungsbedürftig Gewordenen, dem jedoch wegen zu hoher Kosten nur noch Alibifunktion zukommt und welcher durch den effizienteren, weil meist kerngesunden, Sozialstaatsjunkie verdrängt wurde. Dieser Beruf erwirtschaftet ein sicheres Einkommen für die gesamte Betreuungsindustrie – die Sozialbürokratie und ihre angestellten Betreuungsbedürftigen sowie für die Subindustrie der Helfer.

Da die Bundesregierung bis auf das Ressort der Volksbetreuung alle hoheitlichen Aufgaben an die neue SBZ in Brüssel (SBZ = Sozial-Bürokratie-Zentrale) abgegeben hat, sind Regierung und Sozialbürokratie praktisch identisch. Dadurch hat die Betreuungsindustrie alle Hände frei, sich nun hauptsächlich mit der sozialstaatlichen Gewinnmaximierung zugunsten ihres Unternehmens zu beschäftigen. Ganz demokratisch stellt sich das Management der Betreuungsindustrie alle vier Jahre öffentlichen Wahlen, die um so besser für sie ausgehen, je mehr Unternehmensangehörige an der sozialstaatlichen Umverteilung partizipieren. Deshalb strebt die Regierung danach, der Betreuungsindustrie ständig neue Partizipanten zuzuführen.

Nach den Wahlen dürfen immer mal wieder neue volontierende „Politiker“ den Sozialstaatsratsvorsitzenden („Kanzler“) oder Minister mimen, doch bleibt das immer nur unverbindliches Schauspiel, welches keinen Einfluss auf die Prinzipien des sozialistischen Betreuungsstaates hat. Deshalb ist auch keine besondere Qualifikation für den Politikerjob erforderlich, der Nachweis eines Armutszeugnisses ist ausreichend, es kommt ohnehin nur auf seinen Unterhaltungswert an – und dieser Wert seines Unterhalts ist beträchtlich.

Theoretisch kann jeder Betreuungsbedürftige Kanzler werden, das ist für den Sozialbürokratiendemokraten höchster Ausdruck zivilisatorischen Fortschritts.

Es gibt zwar eine liberale Partei, die den Schatten eines so gut wie ausgestorbenen Bürgertums hochhält, welches Bildung und ethische Reife für unabdingbar erachtet, diese Partei ist jedoch nur das Feigenblatt vor der Macht der betreuten Klasse und Gedenkpartei ohne Einfluss.

Die sozialbürokratische Regierung ist also staatsprägend. Sie ist Arbeitgeber und Firma des professionellen Betreuungsbedürftigen, welcher eine symbiotische Liebe und Loyalität zu ihr und ihren sozialistischen Errungenschaften entwickelt hat. Die hohe Attraktivität dieses systemtypischen Berufes ist auch dem Umstand geschuldet, das man bei qualifizierter Ausübung des Lehrberufes „Hilfloser Betreuungsbedürftiger“ keine Arbeitslosigkeit zu fürchten hat.

Nur eine grobe Missachtung der vom Arbeitgeber Staat bestimmten Spielregeln kann eine Entlassung in einen Billigjob zur Folge haben, der morgendliches Aufstehen erfordert.

Damit es nicht dazu kommen muss, hat die Sozialbürokratie ein breites Netz an Filialen im Lande etabliert, die dem Betreuungsbedürftigen lange Arbeitswege erspart. So kann er seiner Erwerbstätigkeit an jedem Ort der Deutschen Demokratischen Bundesrepublik nachgehen.

Welche Branche bietet schon in fast jedem Nest eine Vertretung, die mit Prokuristen besetzt ist, welche dienstliche Begehren des Antragstellers abzeichnen können?

Um allerdings derart effizient mit den Dienststellen der Arbeitsagentur für Betreuungsbedürftige (früher: Sozialamt) zusammenarbeiten zu können, bedarf es einer hohen Qualifizierung und langjähriger Berufserfahrung. Der Arbeitgeber Sozialstaat legt Wert auf ein reibungsloses Zusammenarbeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Aufgabe der Sozialbürokratie ist der Ausbau und die Perfektionierung der Betreuungsindustrie und das Erreichen einer dominanten Stellung auf dem Arbeitsmarkt, was wie in anderen Branchen nicht ohne Expansion zu haben ist. Deshalb wird das Erlernen des Berufs des professionell hilflosen Betreuungsbedürftigen zeitgemäß schon im Krippenalter frühgefördert, sodass clevere Kinder schneller als Gleichaltrige mit ihrem späteren beruflichen Schaffen vertraut sind und regelrechte Füchse in der Fachspezifika werden. Nirgends ist der Erfolg der Frühförderung des Nachwuchses schon im Krippenalter verifizierbarer als hier.

Aufgabe des professionellen Hilflosen ist es, durch das Beispiel einer hervorragenden Leistung im Erreichen maximaler Alimentierung andere für diese Erwerbsbiographie zu begeistern und zur Aufgabe ihres ursprünglichen Berufes zu bewegen.

Im Rahmen des Bologna-Prozesses bietet die Betreuungsindustrie nun staatliche Bachelor-Master-Studiengänge an. Das Bewerbungsgespräch vor der Sozialbürokratie für eine Ausbildung stellt die Bewerber auf eine harte Probe, da sie wie bei der Aufnahme in eine Sekte ihr Vermögen offenlegen müssen und an beruflichen Vortrainings teilzunehmen haben. Dort lernen sie Fallen zu umgehen, welche Zweifel daran aufkommen ließen, dass sie nur für den Beruf des gelernten Hilflosen einzigartig qualifiziert sind.

Auch Vorstellungsgespräche bei anderen Arbeitgebern, etwa Handwerksbetrieben, gehören zur Berufsausbildung – die Gestaltung des richtigen Outfits (barfuß, offener Jogginganzug, darunter ein T-Shirt mit dem Aufdruck „FUCK YOU“) und ein darauf abgestimmter Alkoholisierungsgrad werden in diskreten Gruppengesprächen mit alten Hasen der Zunft geübt.

Nach erfolgreich bestandenem Nichteignungstest stellt ein Mitarbeiter der Sozialbürokratie dem Prüfling das Armutszeugnis aus, welches zum Führen der Berufs- und Ehrenbezeichnung „BACHELOR OF POVERTY“, kurz ARMER, berechtigt. Nach fünf Jahren ununterbrochener Zusammenarbeit in gegenseitigem Einvernehmen mit der Sozialbürokratie kann der Abschluss „MASTER OF BEGGARY“, kurz MOB, erworben werden, was praktischer Unkündbarkeit der Alimentierung gleichkommt.

Diese außerordentliche Qualifikation bedeutet dann auch den Genuss der Sonderstellung auf dem Arbeitsmarkt, eines besonderen Sozialprestiges und den damit einhergehenden Schutz durch die Denkverbote der Political Correctness.

Gelernter Hilfloser, also Armer zu sein, ist so privilegiert wie die Stellung des Diplomaten, man besitzt nahezu juristische Immunität. Und in der Tat, wie der Diplomat der Repräsentant des anderen Staates ist, ist der Arme der Repräsentant des deutschen Staates.

Jeder Angriff auf seinen Ruf und seine Ehre ist ein Affront gegen die Staatsräson und darf unmittelbar vom MOB in Selbstjustiz gerichtet werden. Schleppt sich der Ehrverletzer blutend zur nächsten Polizeidienststelle, kann das am Ende übel für ihn ausgehen, denn mit den Armen ist nicht zu spaßen.

Der Beruf des professionellen Hilflosen ist also eine sehr starke Position und verlangt den Armen sehr viel persönliches Geschick, Können und politisches Engagement ab.

Eine Besonderheit des Berufes ist es, dass das Subjekt der Beschäftigung nicht der Klient oder Patient ist. Der Kunde ist der eigene Arbeitgeber, der vom gelernten Hilflosen in Arbeit zu halten ist, wofür sich die Arbeitsagentur der Sozialbürokratie dann wieder mit finanzieller Besserstellung, freiem Wohnen und freiem Energieverbrauch, kostenloser medizinischer Versorgung, viel Geld für Bekleidung und extra Taschengeld für soziale Teilhabe, das Telefon, das Auto nebst von der Agentur gespeistem Tank und Trank, Genussmittel und Lebensmittel selbstverständlich versorgt wird.

Der soziale Fortschritt ist ganz enorm: Bedeutete Armut früher Hungern und Frieren in zugigen Behausungen, bedeutet er heute wohliges Verfetten in der Stickigkeit überheizter Sozialwohnungen. Drohen dem Armen gesundheitliche Risiken beim Verlassen der Wohnung, weil die Gelenke nicht mehr Willens sind, die Adipositas zu tolerieren, beweist die Betreuungsindustrie sofort ihre Nähe zum Kunden durch Freihauslieferung seiner Leibspeisen. The Mast must go on!

Die Berufsbezeichnung „Armer“ ist durch das Antidiskriminierungsgesetz geschützt. Weil mittlerweile so viele dem Beruf des professionellen Hilflosen nachgehen, hat die Sozialbürokratie nun eine Monopolstellung im vormundschaftlichen Betreuungsstaat Deutschland. Das Kartellamt hält sich vornehm zurück, daher muss die Sozialbürokratie keine Gelegenheit auslassen, zu drohen, mit diesen starken Armen die Gesellschaft zu erwürgen.

So wie unsere schöne Ostseehalle in Kiel nun Sparkassenarena heißen muss, um der Sparkasse Kunden zuzutreiben, muss unser schönes Deutschland Sozialstaat heißen, um der Sozialbürokratie und ihrer Betreuungsindustrie Kunden zuzutreiben. Die Kunden fühlen sich auch angesprochen und kommen sogar mit Booten von gaaaanz weit her, um zu prüfen, ob die Werbung stimmt.

Besonders den Kunden, die sich die Mühe der strapaziösen Überfahrt aus dem Morgenland gemacht haben, erweist die Betreuungsindustrie ihre besondere Wertschätzung. Die wegen ihrer kulturellen Eigenarten so dringend für die Betreuungsindustrie benötigten Fachkräfte genießen dann auch einen durch das Antidiskriminierungsgesetz gesicherten Schutz, der selbst einheimische Fachkräfte erblassen lässt. Selbst das tradierte Recht der angestammten Armen hat gegen die eingeführte Rechtstradition der internationalen Spezialisten mit MOB-Qualifikation für die weitere Modernisierung der Betreuungsindustrie zurückzustehen.

Bedroht fühlen sich die Armen auch durch die Konkurrenz der „Reichen“, deren Mittel jedoch nicht mehr ausreichen, um sich die Konkurrenz der Agenturen der Armen vom Hals zu halten. Die Betreuungsindustrie hat nämlich ein Problem: Sie ist nicht wertschöpfend.

Die Sozialbürokratie hat das Problem jedoch intelligent gelöst: Das Zaubermittel ist der „ausgeglichene Haushalt“. Der Wirtschaftshaushalt des Sozialstaats gilt dann als ausgeglichen, wenn sich Einnahmen und Ausgaben decken.

Das tun sie auch, wenn die Einnahmen aus Schulden bestehen, die bei der nächsten Generation aufgenommen werden. Daraus ergibt sich ein neues Problem: Wie verhindert man, dass diese Schulden von der nächsten Generation zurückzuzahlen sind?

Hier hat die Sozialbürokratie einen besonderen Lösungsansatz: Man schafft die nächste Generation einfach ab – dann muss sie auch nicht zahlen. Deshalb ist der Kinderlose auch der Liebling der Sozialbürokratie, den es zu fördern gilt.

Das Geniale daran ist, dass man mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen kann, Familie, Kinder und „rechten Rand“. Es gibt sie nämlich noch, die kulturell zurückgebliebenen Saboteure der zukunftsweisenden Politik der Sozialbürokratie, die den „rechten Rand“ der Gesellschaft bilden – die Familie mit Kindern, die ihren Nachwuchs in unverantwortlicher Weise künftigen Schuldenelend aussetzt, wahrscheinlich aus Realitätsblindheit.

Dieser zurückgebliebenen Minderheit gilt der „Kampf gegen Rechts“, bei dem sich besonders die progressiven Kinderlosen in den Medien (70 Prozent laut Robert Bosch Stiftung) hervortun. Um dem „rechten Rand“ beizukommen, wird die Familie wirtschaftlich diszipliniert.

Das geht so: Frauen, die politisch unkorrekt Kinder bekommen und deshalb Arbeitsbummelei betreiben, indem Sie nicht normal arbeiten gehen, wie jede andere sozialistische Persönlichkeit, werden einfach im Alter nicht versorgt. Dazu gestaltet die Sozialbürokratie den umlagefinanzierten „Generationenvertrag“ so, dass die Einzahlungen der Kinder in die „Rentenkasse“ nicht an die Mütter gehen, sondern an Kinderlose abgetreten werden müssen. Mütter können entsprechend nur noch hoffen, von ihren Kindern mit Almosen versorgt zu werden.

Wer möchte sich unter derart demütigenden Bedingungen noch Kinder anschaffen? Wie beabsichtigt – kaum noch jemand. Ein kinderloser Bekannter hat dieses

bewusstseinsverändernde Prinzip der Sozialbürokratie wie folgt zusammengefasst:
„Wozu brauchen Eltern Rente, die haben doch Kinder, zu denen sie ziehen können.
Kinderlose brauchen Rente, denn sie haben ja keinen, der sie versorgt!“
(Originalzitat)

Die Kinder, die noch durch das kontrazeptionelle Netz der Sozialbürokratie geschlüpft sind, werden, wenn nötig durch Gerichtsbeschluss, in Staatskrippen zwangssozialisiert, wo man sie durch Gender-Mainstreaming-Gehirnwäsche so hinreichend homosexualisiert, dass eine rechte Familiengründung zukünftig ausgeschlossen werden kann.

Im Ergebnis dieser konsequenten Sozialpolitik haben Kinderlose heute die Konkurrenz von Familien auf den Gütermärkten nicht mehr zu fürchten. Familien leben am Rande des Existenzminimums und oft darunter. Da die sozialbürokratische Regierung und ihre durch Zwangsgebühren finanzierten Medien von der Kinderlosencamarilla dominiert werden, kann der Kampf gegen die bürgerliche Familie, also der „Kampf gegen Rechts“, effizient vorangetrieben werden.

So dient die Sozialpolitik den lebendigen Menschen, und da das Leben endlich ist, sorgt sie zukunftsweisend für ein von Kinderlärm und Jugendkravallen ungestörtes, friedliches Ableben der Gesellschaft.

Um der sozialbürokratischen linken Regierung lästige Nachfragen vom „rechten bürgerlichen Rand“ nach dem Recht ihres Tuns zu ersparen, hat sie sich eine schlagkräftige Schutzstaffel geschaffen, die von einem alten und wieder neuen Kanzleraspiranten aus dem innersten Zirkel geführt wird und deren Symbol immer eine rote Fahne ist, wobei es verschiedene Derivate der dahinter stehenden Ideologie gibt, die mal das Pentagramm des Teufels, mal ein Hakenkreuz, mal einfache Werkzeuge wie Hammer, Sichel oder andere Symbole auf immer rotem Grund zeigen. Seit über hundert Jahren beantworten diese „Roten“ Fragen nach ihrer speziellen Sozialordnung mit Argumenten, die Skeptiker zuverlässig nie wieder fragen lassen.

Der Situation angemessen firmiert diese rote Schutzstaffel heute unter einem Parteinamen, der die Frage nach der Kommunizierung und Begründung ihres Einkommens als nicht hinterfragbar proklamiert: Es ist die Partei der „Leute In Nicht Kommunizierbaren Erwerbsverhältnissen (LINKE)“.

Nicht nur die professionellen Bertreuungsbedürftigen gehören der Partei an, sondern natürlich auch deren Arbeitsbeschaffer, die ganze Arme'e der Sozialbürokraten ist selbstverständlich auch im Bunde mit der Linkspartei und ihres abhängigen Blockablegers SPD, denn es gilt das Geschäftsgeheimnis gegenüber den Reichen zu verteidigen. Aber nicht nur DIE LINKE verdient ihr Einkommen auf nicht zu vermittelnde Weise. Um die Betreuungsindustrie herum haben sich, wie um andere dominante Industrien, Subindustrien gebildet, die am Transferkuchen partizipieren wollen. Es ist die Helferindustrie, ein Heer von Sozialpädagogen, Sozialpsychologen, Sozialtherapeuten und anderen bezahlten Gutmenschen. Dass Gutmenschen bezahlt sind, erkennt man am „Sozial-“ vor ihrer Tätigkeitsbezeichnung.

Die Aufteilung der Bevölkerung in Begünstigtengruppen wie zum Beispiel Rentner, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Beamte, Pendler, Umweltschützer, CO₂-Einsparer oder Eltern bewirkt, dass am Ende (fast) jeder Bürger daran glaubt, Staat und Partei würden gerade für ihn etwas tun.

Auch andere sozialistische Schutzabteilungen mit langer Tradition verdienen ihren Lebensunterhalt in der Betreuungsindustrie – die nennen sich Autonome oder Antifa oder Faschos, was aber eigentlich keinen Unterschied macht. Als ihre dankbarsten Klienten sind sie autonomes Schild und Schwert der Sozialbürokratie und tragen häufig den schwarzen Ganzkörperalar des Master Of Beggary (MOB). Regelmäßig versammeln sich diese Schwarzuniformierten und bis unter die Arme tätowierten Sozialrevolutionäre zur traditionellen Kristallnacht in Großstädten wie kürzlich in Hamburg, um Schaufenster einzuschlagen und das Eigentum derer zu brandschatzen, von denen sie glauben, dass sie ihren Reichtum durch die Ausbeutung der Armen erworben haben. Das Aufgebot und die Ausrüstung der Polizei übertrifft bei solchen Ausbrüchen des Volkszorns die der Randalierer stets bei Weitem. Voyeure, die nur schauen wollen, ob es auch anständig brennt, müssen, mit einer brennenden Kerze als Zeichen, vor dem Polizeikordon erscheinen. Sie werden dann zum Brandherd durchgelassen. Am nächsten Tag schwärmt die Mainstreampresse von ihnen als „Aufstand der Anständigen“.

Alle linken Kostgänger zusammen bestimmen in der Mehrheitsdemokratie, dass die Regierung zuverlässig sozialistisch bleibt und ihre Gehälter von den reichen Volksschädlingen eintreiben kann. Dafür werden jedes Jahr neue Steuern erhoben und reiche Steuerflüchtlinge kriminalisiert.

Im Lieblingsmärchenbuch meiner Kindheit – „Die Sandelholztruhe“ (Orientalische Märchen!!) – gab es eine Geschichte, in der ein Padischah seinen Finanzminister mit dem Tode bedrohte, wenn er sich nicht eine neue Steuer für den klammen Herrscher ausdachte. Der gepeinigte Minister erfand die „Atemsteuer“, die dafür erhoben wurde, dass das Volk die gute Luft im Reich des Padischahs atmen durfte. Das fand ich damals lustig. Und völlig absurd, wie man auf solch einen Gedanken kommen könne. Heute wird diese Strafsteuer als CO₂-Abgabe Realität.

Ich werde eine sehr hohe Progression dieser Steuer bedienen müssen, ich bin nämlich reich, muss mich wärmen und über längere Distanzen fortbewegen. Reich sind alle, die nicht links sind. Reicher an Geist.

Reiche werden auch Rechte genannt, weil Sie darauf bestehen, Eigentums- und Freiheitsrechte zu haben –da kann der Linke, der sich auch Sozialist oder National-Sozialist nennt, nur lachen. Deshalb haben die Linken den „Aufstand der Anständigen“ ausgerufen, um den Rechten begreiflich zu machen, wer wirklich die Gewalt im Staate ausübt – es gibt nämlich immer noch rechte Widerstandsnester, die aus dem Bekenntnis Dietrich Bonhoeffers oder Graf Schenk von Stauffenbergs zur Freiheit in einer aristokratischen Gesellschaft Kraft schöpfen.

Rechte streben danach, ihren Kindern genau dieses freiere Gesellschaftsmodell zu vermitteln, in der sich jedes Individuum seinen Fähigkeiten entsprechend entwickeln und die seinem Zivilisationsgrad angemessene gesellschaftliche Stellung erlangen kann. Sie streben danach, ihre Familien mit langem Zeithorizont über die zähe Periode der totalitären Mehrheitsdemokratien zu retten.

Doch die Kräfte der Destruktion sind ungeheuerlich, Rot-Grün-Braun-Sozialisten verfressen die Wurzeln der Gesellschaft und streben wie in finstersten jakobinischen Zeiten nach der Zerstörung der Familien und der Indoktrinierung ihrer Kinder schon im Krippenalter. Der linksintellektuelle Ehrgeiz macht vor nichts halt, nicht vor Säuglingen, nicht vor Kleinkindern, nicht vor den Bildungsstätten der Rechten, regelhaft die Gymnasien. Mittels Bildungsbeeinträchtigung durch egalitäre Gesamtschulen hoffen Linke die rechte Widerstandskraft zu schwächen, indem das

dort versammelte Sozialstaatspräkariat das zivilisatorische Rückgrat der bürgerlichen Außenseiter bricht.

Doch viele Rechte haben stützende Familie ... – die muss natürlich auch weg, wenn nötig mittels Staatsgewalt und Kindesentzug. Die vom kinderlosen SPD-General Olaf Scholz postulierte „Luftherrschaft über den Kinderbetten“ ist Bestandteil des „Kampfes gegen Rechts“. Für solch hartnäckige Fälle von Menschen mit unbeugsamer rechter Haltung hat die linke Sozialbürokratie das Instrument ihrer Gleichstellungsgesetze geschaffen, die alles und jeden nach unten zu ziehen trachtet, sowie den „demokratischen Rechtsstaat“, welcher ein lustiger Widerspruch in sich ist – aber Zynismus ist schon immer eine herausragende Spezialität aller Sozialisten gewesen. Jeder weiß, dass Demokratie Mehrheits Herrschaft bedeutet, Rechtsstaatlichkeit jedoch Schutz der Minderheit vor der Mehrheit ist.

Weil die linke Sozialbürokratie und ihre professionellen, rücksichtslos geförderten Betreuungsbedürftigen in der Mehrheit sind, ist der Rechtsstaat eine Farce. Unabhängige Richter können entscheiden, was sie wollen – die vom linken Parteienproporz besetzten Stellen der Verfassungsrichter können jede rechte Entscheidung wieder kassieren oder zulinksbiegen.

Wenn der Leiter des ifo-Instituts Hans-Werner Sinn (Optimist!) das „Schicksalsjahr der Deutschen“, also das Jahr, in dem über die Hälfte der Bevölkerung von Sozialtransfers lebt (Renten, Pensionen, Armenversorgung) und die Mehrheitsdemokratie todsicher zur Diktatur der Schmarotzer mutiert, auf das Ende der nächsten Dekade legt, dann ist auch offenbar, dass der Rechtsstaat die Wirkungsmacht eines Placebos entfaltet.

Dieser selbsterstörerischen Aufgabe der abendländischen Rechtskultur wäre nur mit der Wiederverbindung jedes natürlichen Rechts mit der Erfüllung der Pflicht zu begegnen, die in der Erwirtschaftung des eigenen Lebensunterhalts für sich und die Familie besteht, wie auch naturgemäß das Aufbringen einer neuen Generation eigener Kinder. Dann bestimmt wieder der die Musik, der sie bezahlen kann, weil er es sich erwirtschaftet hat – ganz „demokratisch“.

Die Implosion des bolschewistischen Großreichs haben wir hinter uns, den demographischen und damit kulturellen und ökonomischen Offenbarungseid der Sozialmassendemokratien vor uns.

Schlechtestenfalls bewegen wir uns auf bürgerkriegsähnliche Zustände im Umverteilungskampf zu, bestenfalls stehen wir vor der Abschaffung des Sozialstaates und der Rückgabe der personalen Solidarität. Vor dem Tor des postamerikanischen Zeitalters keimt die Hoffnung auf die Renaissance der mitteleuropäischen Kultur, die 1789 guillotiniert wurde, und der die Anglowelt in Versailles den Todesstoß versetzt zu haben hoffte.